

Innerpolitische Kriegswirkungen.

Berlin, 21. September.

Hie und da tastet sich einmal eine Andeutung über die durch Gebot und Einsicht innegehaltene Grenze für die Erörterung von Kriegsziele. Nur hin und wieder deutet ein ganz leises Grollen schlummernde Partei- und Weltanschauungsgegensätze an, im übrigen wird der Burgfrieden musterhaft innegehalten. Wie alle äußern, so sind alle innern Kräfte ganz der Gegenwartsaufgabe hingegeben, während unsere Gegner, militärisch erfolglos und unheilbaren Zerklüftungen ihres Staatslebens preisgegeben, sich in grotesk wirkenden Phantasien ergehen über die Kriegsentzündung, die sie uns aufzuerlegen gedenken, oder über das politische und wirtschaftliche Schicksal, das sie uns bereiten wollen. Wir sehen den Erfolg Schritt für Schritt näherkommen und warten mit den Auseinandersetzungen über das, was später geschehen soll, bis restlos die erste und wichtigste Aufgabe erfüllt ist. Das ist ein Unterschied, der Bände spricht. So soll es bleiben und so wird es bleiben. Es ist weder verwehrt noch unnützlich, die möglichen und wahrscheinlichen innerpolitischen Kriegswirkungen ins Auge zu fassen und sie objektiv zu erörtern, soweit sie überhaupt annähernd sicher vorherzusehen sind. Man kann jetzt schon so viel politisch Erfreuliches feststellen, daß die Betrachtung stärkend und erhebend wirkt. Nicht, als ob wir nun einer Zeit vollendeter innerpolitischer Harmonie, süßen innern Friedens entgegengehen. Das wäre gar nicht wünschenswert, denn es würde die Weiterentwicklung hemmen und starke Kräfte lahmlegen. Es würde auch dem deutschen Volkscharakter nicht entsprechen: der hohe Stand der Volksbildung, die Lebhaftigkeit der geistigen Interessen, das Pflichtgefühl, das auf die Betonung der eigenen Meinung drängt, das Gerechtigkeitsgefühl, das den eigenen Standpunkt wahr, die fruchtbare und unfruchtbare Streitsucht und Rechthaberei, die Neigung, mit Gleichgesinnten sich zu kleinern Gruppen zusammenzuschließen, das alles stünde dem entgegen, ganz abgesehen von den gewichtigen, im Kriege erwachsenen sachlichen Gesichtspunkten, die zu späterer Auseinandersetzung drängen. Aber gewisse Dinge hat das vergangene Kriegsjahr so unerschütterlich festgestellt, daß sie in alle Zukunft hinein nicht mehr zu Streitgegenständen werden können. In den äußern staatlichen Machtmitteln darf keine Abschwächung eintreten, etwa von dem Gesichtspunkt aus, daß ihre Schärfe und Stärke durch freundliche Gesinnung und Zugeständnisse unserer Nachbarn auch nur annähernd entbehrlich gemacht werden könnte. Es wird in der Beurteilung der Beziehungen zwischen uns und den benachbarten Großstaaten keine Partei mehr sich von der andern dadurch unterscheiden, daß sie geltend macht, man könne Geld sparen dadurch, daß man sich auf die fortschreitende Entwicklung vom Machtprinzip zum Grundsatz des guten Willens unter den Kulturvölkern verlasse. Mit Unterhaltungen darüber wird man keine Zeit mehr verschwenden, seitdem auch die Sozialdemokratie ihre Erfahrungen mit den ausländischen Brüdern gemacht hat. Auch die fortschrittgläubigsten politischen Entwicklungsphilosophen werden die Erörterung dieser Fragen um einige Menschenalter verschieben. Der Krieg hat zu überzeugend gewirkt. Er hat aus unsern politischen Erörterungen auch das böse Wort „vaterlandslos“ entfernt. Diejenigen politischen Torheiten, die seine Wiedereinführung in unsern Sprachschatz herbeiführen könnten, kann man sich gar nicht vorstellen. Dazu ist auf allen Seiten zuviel umgelernt worden, zu Hause und vor allem draußen. Die Männer, die heimkommen werden, haben so viel zusammen geleistet, so viel zusammen ertragen, so viel höchste Liebe zum höchsten gemeinsamen Gut geübt und erlebt, daß für sie die Frage, wer das Vaterland mehr liebt und ob einer es mehr liebt als der andere, und ob es Leute gibt, die ihm gleichgültig oder gar feindlich gegenüberstehen, endgültig erledigt ist. Und diese Männer bilden das lebendige Fundament unserer künftigen Politik. Auf diesem Fundament kann niemand mehr eine Politik der Gefinnungsschnüffelei und Gefinnungsverfolgung aufbauen. Das geht nicht mehr. Die einen werden es nicht wollen, die andern es sich nicht gefallen lassen und beide zusammen werden die überwältigende Mehrheit bilden.

Damit ist schon die Frage gestreift: Wird das Deutschland nach dem Kriege demokratischer sein? Diese Frage kann man zweifellos nur mit ja und nein beantworten nicht mit ja oder nein. Die